Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX

1. Kapitel: Überblick über die Berichtigungstatbestände 1

2. Kapitel: Auslöser für strafrechtliche Ermittlungen

A. Erforschungspflicht der Steuerfahndung	3
B. Anlässe zur Selbstanzeige	3
I. Tatverdacht in Folge einer Außenprüfung beim Steuerpflichtigen	4
II. Entdeckungsrisiko durch das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz vom 29.7.2009	7
III. Datenzugriff der Finanzverwaltung	10
IV. Tatverdacht bei Dritten in Folge von Kontrollmitteilungen ...	13
V. Internationale Kontrollmitteilungen	14
VI. Mitteilungen durch das Veranlagungsfinanzamt	15
VII. Auskunft des Bundeszentralamts für Steuern über ausländische Firmen	15
VIII. Banken als Informationsquellen der Finanzverwaltung	15
IX. Steuerabkommen Deutschland – Schweiz	21
X. Einleitung des Steuerstrafverfahrens in Folge einer Selbstanzeige	25
XI. Mitteilungspflicht von Gerichten und Behörden	26
XII. Mitteilungspflicht von Kreditinstituten	36
XIII. Sammelauskunftersuchen der Finanzbehörden bei Banken ..	36
XIV. Chiffre-Anzeigen als Anlass für Fahndungsmaßnahmen	37
XV. Anzeigen durch Dritte	38
XVI. Aufdeckung von Steuerhinterziehung in Folge von Bankdaten-CDs sowie in Erpressungsfällen	40

VII

	Seite
XVII. Kontrollen nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz . . .	42
XVIII. Schlussbetrachtung	42

3. Kapitel: Beratungserwägungen vor Erstattung einer Selbstanzeige

A. Beratungspflicht des steuerlichen Beraters	43
B. Sorgfältige Planung der Selbstanzeige	44
I. Anlass für eine Selbstanzeige	45
II. Umgehung der Selbstanzeige durch Umgestaltung der Anlageform	46
III. Straffreiheit nur für Steuerhinterziehung	46
IV. Form der Selbstanzeige	47
V. Inhalt der Selbstanzeige	47
VI. Beschaffung von Unterlagen, insb. in Fällen der gestuften Selbstanzeige	48
VII. Zu berichtigender Zeitraum	49
VIII. Adressat der Selbstanzeige	49
IX. Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige	50
X. Nachzahlung der verkürzten Steuer	50
XI. Kein Schutz vor Ermittlungen der Finanzbehörde	51
XII. Vermeidung einer Durchsuchung	51
XIII. Schweigerecht des betroffenen Steuerpflichtigen	52
C. Folgen einer Steuerhinterziehung – Strafmaß	52
D. Nebenfolgen einer Selbstanzeige	53
E. Selbstanzeige ist keine Strafverteidigung	53
F. Abzugsfähigkeit der Beratungskosten und Honorarfragen	53
I. Steuerliche Abzugsfähigkeit	54
II. Übernahme der Kosten durch Dritte	55
III. Höhe des Vergütungsanspruchs	55

4. Kapitel: Berichtigung bei Steuerhinterziehung nach § 371 Abs. 1 bis 3 AO

A. Systematik und Regelungsgehalt der Berichtigungst tatbestände	59
B. Rechtfertigung und Zweck der Selbstanzeige	60

	Seite
I. Ausnahme oder Fremdkörper im System des Strafrechts	60
II. Gründe und Zweck der Selbstanzeige	61
C. Rechtsnatur der Selbstanzeige – Persönlicher Strafaufhebungs- grund	64
D. Anwendungsbereich der Selbstanzeige	65
I. Strafbefreiende Wirkung für Steuerhinterziehung	65
II. Keine strafbefreiende Wirkung für sonstige Straftaten	67
E. Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige nach § 371 Abs. 1 bis 3 AO	68
I. Überblick über die Voraussetzungen des § 371 Abs. 1 bis 3 AO .	68
II. Berichtigungserklärung	69
III. Fristgerechte Nachzahlung der hinterzogenen Steuer	122
IV. Ausschluss der Selbstanzeige	150
V. Folgen der Selbstanzeige	256
XI. Konkurrenzen	292

**5. Kapitel: Berichtigung bei leichtfertiger Steuerverkürzung
nach § 378 Abs. 3 AO**

A. Selbstanzeige im Falle leichtfertiger Steuerverkürzung	295
I. Entstehungsgeschichte der Selbstanzeige im Falle leichtfertiger Steuerverkürzung	296
II. Zweck der Selbstanzeige bei leichtfertiger Steuerverkürzung . .	296
III. Rechtsnatur der Selbstanzeige	297
IV. Anwendungsbereich der Selbstanzeige	297
B. Anforderungen an die Berichtigungserklärung	298
I. Voraussetzungen der Berichtigungserklärung	298
II. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen der Selbstanzeige	298
III. Negative Wirksamkeitsvoraussetzung	302
IV. Bußgeldfreiheit im Falle der Berichtigung nach § 153 AO	303
V. Folgen der Selbstanzeige	303

6. Kapitel: Berichtigungserklärung nach § 153 AO

	Seite
A. Sinn und Zweck der Berichtigungserklärung	305
B. Rechtsentwicklung der Berichtigungserklärung	306
C. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 1 AO	306
I. Berichtigungspflichtige Personen	306
II. Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Steuer- erklärung	317
III. Unrichtige oder unvollständige Steuererklärung	318
IV. Verkürzung von Steuern	320
V. Nachträgliche Erkenntnis des Steuerpflichtigen	321
VI. Erkenntnis vor Ablauf der Festsetzungsfrist	323
VII. Unverzügliche Anzeige und erforderliche Richtigstellung	324
VIII. Folgen der Berichtigungsanzeige sowie Folgen der Verletzung der Berichtigungspflicht	326
IX. Folgen der Verletzung der Anzeigepflicht nach § 30 ErbStG	329
X. Folgen der Erbschaftsteuererklärung nach § 31 ErbStG	330
D. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 2 AO	330
I. Einordnung der Vorschrift	331
II. Begriff der Steuervergünstigung	331
III. Voraussetzung der Anzeigepflicht	332
IV. Folgen der Pflichtverletzung	333
E. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 3 AO	333

**7. Kapitel: Strafbefreiende Fremdanzeige
nach § 371 Abs. 4 AO**

A. Allgemeines zur strafbefreienden Fremdanzeige	335
I. Systematik des § 371 AO	336
II. Regelungsgehalt der Fremdanzeige	336
III. Zweck der Fremdanzeige	337
IV. Rechtsnatur der Fremdanzeige	337
V. Abgrenzung der Fremdanzeige von der Selbstanzeige	338
B. Voraussetzungen der strafbefreienden Fremdanzeige	338
I. Berichtigungspflicht gem. § 153 AO	338
II. Anzeige i.S.v. § 371 Abs. 4 AO	341
III. Ausschluss der strafbefreienden Fremdanzeige	342

Inhaltsübersicht

	Seite
IV. Nachzahlungspflicht	342
C. Wirkung der Fremdanzeige	342
I. Restriktive Auslegung der Fremdanzeige	343
II. Erweiternde Auslegung der Fremdanzeige	346
III. Gestaltungsmöglichkeiten durch die Fremdanzeige	347
D. Analoge Anwendung der Fremdanzeige	348
E. Fortfall der Anzeige- und Berichtigungspflicht	348
Stichwortverzeichnis	349

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX

1. Kapitel: Überblick über die Berichtigungstatbestände	1
--	---

2. Kapitel: Auslöser für strafrechtliche Ermittlungen

A. Erforschungspflicht der Steuerfahndung	3
B. Anlässe zur Selbstanzeige	3
I. Tatverdacht in Folge einer Außenprüfung beim Steuerpflichtigen	4
II. Entdeckungsrisiko durch das Steuerhinterziehungs- kämpfungsgesetz vom 29.7.2009	7
1. Einleitung	7
2. Erweiterte Mitwirkungs- und Aufklärungspflichten	8
a) Ausprägung Nr. 1: § 90 Abs. 2 S. 3 AO	8
b) Ausprägung Nr. 2: § 51 Abs. 1 Nr. 1 EStG, § 33 Abs. 1 Nr. 2 KStG	9
3. Ausweitung der Aufbewahrungspflichten und der Außen- prüfungsbefugnisse bei hohen Überschusseinkünften	9
a) Erleichterte Außenprüfung bei hohen Überschussein- künften	9
b) Erweiterte Aufbewahrungspflicht bei hohen Überschuss- einkünften	10
III. Datenzugriff der Finanzverwaltung	10
1. Elektronische Verprobungsmethoden – ELO, IDEA, EOSS, ZIVED und XPider	11
a) ELO	11
b) IDEA	11
c) EOSS	11
d) ZIVED	12
e) XPider	12

	Seite
2. Statistische Verprobungsverfahren (Chi-Quadrat-Test, Benford's Law)	13
a) Chi-Quadrat-Test	13
b) Benford's Law	13
IV. Tatverdacht bei Dritten in Folge von Kontrollmitteilungen . . .	13
V. Internationale Kontrollmitteilungen	14
VI. Mitteilungen durch das Veranlagungsfinanzamt	15
VII. Auskunft des Bundeszentralamts für Steuern über ausländische Firmen	15
VIII. Banken als Informationsquellen der Finanzverwaltung	15
1. Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	16
a) Bedeutung der Vorschrift	16
b) Inhalt des Datenabrufsystems	16
c) Organisation des Zugriffs und Vorgehen der Finanzbehörde	17
2. Gefährdungsanalyse zur Verhinderung betrügerischer Handlungen – Konten-Screening	17
3. Kontenabrufverfahren für steuerliche Zwecke	18
4. Kontenabrufverfahren für nichtsteuerliche Zwecke	19
5. Informationspflicht nach der EU-Zinsrichtlinie	19
a) Automatisierter Informationsaustausch	19
b) Sonderregelungen für Luxemburg und Österreich	20
IX. Steuerabkommen Deutschland – Schweiz	21
1. Ziel des Abkommens	21
2. Das Abkommen im Überblick	22
3. Nachbesteuerung in der Vergangenheit unversteuerter Vermögenswerte	23
4. Künftige Besteuerung von Kapitalerträgen deutscher Steuerpflichtiger in der Schweiz	24
5. Verfassungsrechtliche Bedenken	24
X. Einleitung des Steuerstrafverfahrens in Folge einer Selbstanzeige	25
XI. Mitteilungspflicht von Gerichten und Behörden	26
1. Mitteilungspflicht in Zivilverfahren	26
2. Anzeigepflicht in Strafverfahren	27
3. Mitteilungspflicht von Rundfunkanstalten über Honorarzahlungen	27
4. Mitteilungspflicht in Erbfällen	28

	Seite
5. Erwerb von Grundstücken	30
6. Barmittel- und Bargeldkontrolle mit Drittländern und innerhalb der EU	30
a) Überwachung des Barmittelverkehrs an den Außengrenzen der EU	31
b) Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs innerhalb der EU	32
7. Ermittlungen gegen Bankmitarbeiter wegen Beihilfe	33
8. Aufdeckung in Folge der Mitteilungspflicht nach dem GeldwäscheG	34
9. Mitteilungspflicht des Bundesaufsichtsamtes für den Wertpapierhandel	35
XII. Mitteilungspflicht von Kreditinstituten	36
XIII. Sammelauskunftsersuchen der Finanzbehörden bei Banken	36
XIV. Chiffre-Anzeigen als Anlass für Fahndungsmaßnahmen	37
XV. Anzeigen durch Dritte	38
1. Anonyme Anzeigen	38
2. Rachemaßnahmen gekündigter Mitarbeiter sowie in Scheidungsverfahren	38
3. Streitigkeiten zwischen den Erben	39
XVI. Aufdeckung von Steuerhinterziehung in Folge von Bankdaten-CDs sowie in Erpressungsfällen	40
1. Erpressung durch indiskrete Mitarbeiter von Kreditinstituten und Treuhändern	40
2. Kauf von Bankdaten-CDs durch den Staat	40
XVII. Kontrollen nach dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	42
XVIII. Schlussbetrachtung	42

3. Kapitel: Beratungserwägungen vor Erstattung einer Selbstanzeige

A. Beratungspflicht des steuerlichen Beraters	43
B. Sorgfältige Planung der Selbstanzeige	44
I. Anlass für eine Selbstanzeige	45
II. Umgehung der Selbstanzeige durch Umgestaltung der Anlageform	46
III. Straffreiheit nur für Steuerhinterziehung	46
IV. Form der Selbstanzeige	47

	Seite
V. Inhalt der Selbstanzeige	47
VI. Beschaffung von Unterlagen, insb. in Fällen der gestuften Selbstanzeige	48
VII. Zu berichtigender Zeitraum	49
VIII. Adressat der Selbstanzeige	49
IX. Rechtzeitigkeit der Selbstanzeige	50
X. Nachzahlung der verkürzten Steuer	50
XI. Kein Schutz vor Ermittlungen der Finanzbehörde	51
XII. Vermeidung einer Durchsuchung	51
XIII. Schweigerecht des betroffenen Steuerpflichtigen	52
C. Folgen einer Steuerhinterziehung – Strafmaß	52
D. Nebenfolgen einer Selbstanzeige	53
E. Selbstanzeige ist keine Strafverteidigung	53
F. Abzugsfähigkeit der Beratungskosten und Honorarfragen	53
I. Steuerliche Abzugsfähigkeit	54
II. Übernahme der Kosten durch Dritte	55
III. Höhe des Vergütungsanspruchs	55
1. Vergütung des Rechtsanwalts	55
2. Vergütung des Steuerberaters	56
a) Für die Selbstanzeige	56
b) Für das Strafverfahren	58

**4. Kapitel: Berichtigung bei Steuerhinterziehung
nach § 371 Abs. 1 bis 3 AO**

A. Systematik und Regelungsgehalt der Berichtigungstatbestände	59
B. Rechtfertigung und Zweck der Selbstanzeige	60
I. Ausnahme oder Fremdkörper im System des Strafrechts	60
II. Gründe und Zweck der Selbstanzeige	61
1. Steuerpolitische Zielsetzung	61
2. Kriminalpolitische Zielsetzung	62
3. Strafprozessuale Funktion	63
4. Doppelfunktionale Zielsetzung nach BGH	63
C. Rechtsnatur der Selbstanzeige – Persönlicher Strafauf- hebungsgrund	64
D. Anwendungsbereich der Selbstanzeige	65
I. Strafbefreiende Wirkung für Steuerhinterziehung	65

	Seite
II. Keine strafbefreiende Wirkung für sonstige Straftaten	67
E. Anforderungen an eine strafbefreiende Selbstanzeige nach § 371 Abs. 1 bis 3 AO	68
I. Überblick über die Voraussetzungen des § 371 Abs. 1 bis 3 AO . .	68
II. Berichtigungserklärung	69
1. Gegenstand der Berichtigung	69
2. Anforderungen an eine Berichtigung	70
3. Form der Selbstanzeige	71
a) Schriftlich oder mündlich	71
b) Abgabe einer Jahressteuererklärung	73
4. Inhalt der Selbstanzeige	74
a) Notwendiger Inhalt und Maßstab der Bestimmung des Umfangs der Angaben	74
b) Unwirksamkeit von Teilselbstanzeigen	79
aa) Ursprüngliche Rechtsansicht	79
bb) Rechtsansicht nach dem Beschluss des BGH vom 20.5.2010	79
(1) Auslegung nach dem Wortlaut des § 371 Abs. 1 AO . .	80
(2) Auslegung nach Sinn und Zweck des § 371 AO	81
(3) Fristgerechte Nachzahlung als Argumentation	82
(4) Beispiel einer unwirksamen Teilselbstanzeige nach BGH	82
(5) Beispiele zum Beschluss des BGH	82
(6) Kritik an dem Beschluss des BGH	83
cc) Rechtslage nach dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	85
(1) Überblick über die Änderungen der Selbstanzeige	85
(2) Begründung des Schwarzgeldbekämpfungsgesetzes	86
(a) Problem und Ziel	86
(b) Lösung	87
(c) Kritik	88
(3) Abschaffung der Teilselbstanzeige	88
(a) Änderung von Absatz 1 des § 371 AO	88
(aa) Unwirksamkeit der Teilselbstanzeige	88
(bb) Kritik/Anmerkungen	90
(b) Ursprünglich geplante Änderung von Absatz 2 des § 371 AO	93

	Seite
(c) Art. 97 § 24 des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung	93
(4) Wiederholung einer Selbstanzeige	95
dd) Dolose Teilberichtigung	96
ee) Erneute Unrichtigkeiten in der Selbstanzeige	97
c) Einzelfragen zum Inhalt einer Selbstanzeige	97
aa) Motive des Steuerpflichtigen	97
bb) Anzeige der Quelle der verschwiegenen Einkünfte	98
cc) Angaben über die steuerlichen Verhältnisse Dritter	98
dd) Schätzung auf Grund mangelhafter Buchführung	99
ee) Gestufte Selbstanzeige in Eilfällen	101
ff) Schätzung bei der Berichtigung von Kapitaleinkünften	105
gg) Zum Inhalt einer Selbstanzeige betreffend Stiftungsvermögen	106
(1) Merkmale der unselbständigen Treuhandstiftung und der selbständigen Stiftung	107
(2) Unselbständige Treuhandstiftung	107
(a) Ertragsteuerliche Behandlung	107
(b) Schenkungsteuerliche Behandlung	108
(3) Selbständige Stiftung	108
(a) Ertragsteuerliche Behandlung	108
(aa) Vermögensübertragungen an die Stiftung	108
(bb) Besteuerung der laufenden Einkünfte der Stiftung	109
aaa) Auf der Ebene der Stiftung	109
bbb) Auf der Ebene des Stifters	109
(cc) Besteuerung von Auskehrungen aus der Stiftung	109
(b) Erbschaft- und schenkungsteuerliche Behandlung	110
(aa) Vermögensübertragungen an die Stiftung	110
(bb) Die Besteuerung der Stiftung	110
(cc) Auskehrungen von Vermögen aus der Stiftung	110
(dd) Die Auflösung der Stiftung	110
hh) Verschulden am Unvermögen der Richtigstellung der Angaben	111
ii) Nachholung unterlassener Angaben in einem anderen Veranlagungszeitraum	111
jj) Pflichtwidrige Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	112

	Seite
5. Zeitlicher Umfang der Selbstanzeige	113
a) Verjährungsfrist	113
b) Verjährungsbeginn bei Steuerhinterziehung durch Handeln	114
c) Verjährungsbeginn bei Steuerhinterziehung durch Unterlassen	116
6. Person des Anzeigenerstatters	116
a) Täter oder Teilnehmer als Anzeigenerstatter	116
b) Vertretung bei Erstattung einer Selbstanzeige	117
aa) Vertreter ohne Vertretungsmacht	118
bb) Offene Stellvertretung	119
cc) Verdeckte Stellvertretung	119
c) Gesellschaften	119
7. Adressat der Selbstanzeige	120
8. Widerruf der Selbstanzeige	121
III. Fristgerechte Nachzahlung der hinterzogenen Steuer	122
1. Nachzahlung als Voraussetzung zur Erlangung von Straffreiheit	123
2. Nachzahlungspflichtiger	124
a) Nachzahlung eigener Steuerschulden	124
b) Nachzahlung fremder Steuerschulden	124
aa) Unmittelbarer wirtschaftlicher Vorteil	125
bb) Angeegneter Vorteil	129
3. Nachzuzahlender Betrag	129
a) Nachzahlung der „hinterzogenen Steuern“	129
b) Höhe des nachzuzahlenden Betrages	130
4. Nachzahlungsfrist	132
a) Zweck und Rechtsnatur der Fristsetzung	132
b) Erfordernis der Fristsetzung	133
c) Bemessungsgrundsätze zur Bestimmung der Nachzahlungsfrist	135
d) Die zuständige Stelle zur Bestimmung der Nachzahlungsfrist	140
e) Wirksamwerden der Fristsetzung	141
5. Wirkung des Fristablaufs	141
6. Rechtsbehelfe und Rechtsweg im Zusammenhang mit der Nachzahlungsfrist	143

	Seite
a) Rechtsbehelf gegen die Steuerfestsetzung	143
b) Rechtsbehelf gegen die Fristsetzung	143
7. Die Zahlung der verkürzten Steuern	145
a) Zahlung durch Dritte	145
b) Zahlungsweise	145
c) Zahlungsunfähigkeit	146
d) Unterlassen der Inanspruchnahme eines Haftungsschuldners	147
e) Auswirkung der Insolvenzanfechtung auf die Strafbarkeit	147
f) Wirkung einer Teilzahlung	147
aa) Straffreiheit in Höhe der nachentrichteten Steuer	147
bb) Geänderte Rechtsauffassung des BGH im Beschluss vom 20.5.2010	148
cc) Überblick über die Änderung durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	148
dd) Anrechnung auf die lästigste Steuerschuld	149
IV. Ausschluss der Selbstanzeige	150
1. Aufbau, Wirkung und Grundgedanke der Regelung	150
a) Aufbau der Ausschlussstatbestände	150
b) Wirkung der Ausschlussgründe	150
c) Grundgedanke zu den Ausschlussgründen	151
2. Sperrwirkung durch Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	152
a) Einführung durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz	152
b) Entwicklungsgeschichte	152
c) Kritik	153
d) Prüfungsanordnung nach § 196 AO	153
aa) Zweck der Prüfungsanordnung	153
bb) Form und Begründung der Prüfungsanordnung	154
cc) Inhalt der Prüfungsanordnung	155
(1) Prüfungssubjekt und Inhaltsadressat	156
(a) Natürliche Personen	157
(b) Personenmehrheiten	157
(c) Juristische Personen	158
(2) Sachlicher und zeitlicher Prüfungsumfang	158
(3) Rechtsbehelfsbelehrung	158
dd) Folge einer fehlerhaften oder fehlenden Prüfungsanordnung	158

	Seite
(1) Nichtige Prüfungsanordnung	158
(2) Rechtswidrige Prüfungsanordnung	160
e) Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	161
aa) Bekanntgabe nach § 197 Abs. 1 S. 1 und 3 AO	161
bb) Bekanntgabe nach § 122 AO	161
(1) Inhalt des § 122 AO	161
(2) Begriff der Bekanntgabe	162
(a) Ausgangspunkt	162
(b) Abgabe der Willenserklärung	162
(c) Zugang	163
(3) Form der Bekanntgabe	165
(4) Bekanntgabeadressat	165
(a) Täter	166
(b) Vertreter	166
(5) Fehler bei der Bekanntgabe, Heilung	168
cc) Zeitpunkt der Bekanntgabe schriftlicher Verwaltungsakte nach § 122 Abs. 2 AO	169
f) Umfang der Sperrwirkung	171
aa) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung – Adressat der Bekanntgabe	171
(1) Sperrwirkung beim Täter	171
(a) Allgemeine Ausführungen zum Begriff	171
(b) Einzelfälle der Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	172
(aa) Sperrwirkung bei Betrieb, Betriebsinhaber und gesetzlichen Vertretern	172
(bb) Prüfung bei einem Steuerpflichtigen mit mehreren Betrieben	173
(cc) Sperrwirkung für tatbeteiligte Betriebsangehörige	173
(dd) Keine Sperrwirkung für ausgeschiedene und externe Mitarbeiter	174
(ee) Sperrwirkung bei Prüfung einer Gesellschaft für die Gesellschafter	174
(2) Bekanntgabe gegenüber dem „Vertreter“	175
bb) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung	175
(1) Reichweite der Sperrwirkung	175
(2) Sperrwirkung bei rechtswidriger Prüfungsmaßnahme	176
(a) Beschluss des BGH vom 16.6.2005	176

	Seite
(b) Beschluss des BayObLG vom 23.1.1985	177
(c) Kontroverse Ansichten in der Literatur	178
cc) Zeitlicher Umfang der Sperrwirkung	179
g) Selbstanzeige nach Bekanntgabe der Prüfungsanordnung . . .	180
aa) Umfang der Sperrwirkung	180
bb) Wirksame Selbstanzeige im Falle der leichtfertigen Steuerverkürzung	181
cc) Verunglückte Selbstanzeige	181
h) Wiederaufleben der Berichtigungsmöglichkeit	181
3. Sperrwirkung durch Bekanntgabe der Einleitung des Straf- oder Bußgeldverfahrens	182
a) Einleitung des Straf- und Bußgeldverfahrens	183
aa) Einleitung des Strafverfahrens	183
(1) Zuständigkeit für die Einleitung des Strafverfahrens . . .	184
(2) Einleitende Maßnahme	184
bb) Einleitung des Bußgeldverfahrens	187
b) Bekanntgabe der Einleitung eines Strafverfahrens	188
aa) Amtliche Mitteilung über die Einleitung des Steuerstrafverfahrens	188
bb) Form der Bekanntgabe der Einleitung des Strafverfahrens	189
(1) Bekanntgabe mittels Postzustellungsurkunde	189
(2) Öffentliche Bekanntmachung	189
(3) Eindeutige Amtshandlungen	190
(a) Durchsuchung von Wohn- und Geschäftsräumen	190
(b) Beschlagnahme von Unterlagen	191
(c) Vorläufige Festnahme und verantwortliche Vernehmung	191
(d) Überprüfung einer Selbstanzeige	191
cc) Anforderungen an den Inhalt der Mitteilung	192
c) Umfang der Sperrwirkung	193
aa) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung – Adressat der Bekanntgabe	193
(1) Einleitung gegenüber dem „Täter“	193
(a) Allgemeine Ausführungen zum Begriff	193
(b) Einzelfälle der Bekanntgabe der Einleitung des Strafverfahrens	194
(aa) Durchsuchungsbeschluss nach § 102 StPO – hinrei- chend konkrete Tatbeschreibung erforderlich	194

	Seite
(bb) Durchsuchungsbeschluss gegen unbestimmten Personenkreis	194
(cc) Keine Sperrwirkung gegenüber Betriebsangehörigen	195
(dd) Keine Sperrwirkung gegenüber externen Mitarbeitern . .	195
(ee) Sperrwirkung bei Ermittlungen im Bankenbereich	196
(2) Bekanntgabe gegenüber dem „Vertreter“	196
bb) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung	197
cc) Zeitlicher Umfang der Sperrwirkung	201
d) Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit	201
4. Sperrwirkung durch Erscheinen eines Amtsträgers zur Prüfung oder Ermittlung	202
a) Amtsträger der Finanzbehörde	203
b) Erscheinen des Amtsträgers	205
c) Ort des Erscheinens des Amtsträgers	209
aa) Prüfung in den Geschäfts- und Wohnräumen	209
bb) Prüfung an Arbeitsstelle	210
d) Zweck des Erscheinens – Zur Prüfung bzw. zur Ermittlung .	211
aa) Prüfungsabsicht	211
bb) Gegenstand der Prüfung des Amtsträgers	213
(1) Steuerliche Prüfung	213
(2) Ermittlung einer Steuerstraftat oder Steuerordnungs- widrigkeit	215
e) Umfang der Sperrwirkung	218
aa) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung	218
(1) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung bei einer steuerlichen Prüfung	218
(a) Sperrwirkung bei Täter und Teilnehmer	218
(b) Sperrwirkung bei Betrieb, Betriebsinhaber und gesetz- lichen Vertretern	218
(c) Prüfung bei einem Steuerpflichtigen mit mehreren Betrieben	219
(d) Sperrwirkung für tatbeteiligte Betriebsangehörige	219
(e) Keine Sperrwirkung für ausgeschiedene und externe Mitarbeiter	219
(f) Sperrwirkung bei Prüfung einer Gesellschaft für die Gesellschafter	220
(2) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung bei einer Ermitt- lung einer Steuerstraftat oder Steuerordnungswidrigkeit .	220

	Seite
bb) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung	221
(1) bei der steuerlichen Prüfung	221
(2) bei Ermittlung einer Steuerstraftat oder Steuer- ordnungswidrigkeit	221
cc) Zeitlicher Umfang der Sperrwirkung	221
f) Selbstanzeige nach Erscheinen eines Amtsträgers	222
aa) Wirksame Selbstanzeige im Falle der leichtfertigen Steuerverkürzung	222
bb) Verunglückte Selbstanzeige	222
g) Wiederaufleben der Berichtigungsmöglichkeit	222
5. Sperrwirkung durch Entdeckung der Tat	222
a) Die Entdeckung der Tat	224
aa) Konkretisierung des Tatverdachts	224
bb) Erfordernis der eigenen Wahrnehmung durch den Entdecker	226
cc) Erfassung der Tat in ihrer steuerstrafrechtlichen Bedeutung	227
dd) Tatentdeckung infolge rechtswidriger Ermittlungs- maßnahmen	228
ee) Einzelfälle zur Tatentdeckung	228
(1) Entdeckung bei unterlassener Steuererklärung	228
(2) Entdeckung bei Kontrollmitteilungen	229
(3) Entdeckung bei Bankermittlungen	231
(4) Entdeckung auf Grund einer angekauften Bankdaten-CD (a) Tatentdeckung	231 232
(b) Beweisverwertung trotz rechtswidriger Beweisgewinnung	233
(5) Tatentdeckung bei den Mitarbeitern der Geldinstitute und bei Steuerberatern	237
(6) Entdeckung bei Grenzkontrollen	238
b) Gegenstand der Entdeckung: „eine Steuerstraftat“	239
aa) Begriff der Steuerstraftat	239
bb) Teilentdeckung	240
c) Identifizierung des Täters	240
d) Person des Entdeckers	241
aa) Entdeckung durch Amtsträger sonstiger Behörden	241
bb) Entdeckung durch Privatpersonen	243

	Seite
e) „Kenntnis“ um die Tatentdeckung bzw. „Rechnen müssen“ mit der Tatentdeckung	244
aa) Kenntnis von der Tatentdeckung	245
bb) Rechnen-Müssen mit der Tatentdeckung	245
(1) Bestimmung des Begriffs „Rechnen müssen“	245
(2) Widerlegbare Beweisregel	247
f) Umfang der Sperrwirkung	247
aa) Sachlicher Umfang der Sperrwirkung	247
bb) Persönlicher Umfang der Sperrwirkung	248
cc) Zeitlicher Umfang der Sperrwirkung	248
g) Wiederaufleben der Selbstanzeigemöglichkeit	249
6. Sperrwirkung bei Steuerverkürzung ab 50 000 Euro je Tat . . .	250
a) Einführung durch das Schwarzgeldbekämpfungsgesetz . . .	250
b) Überblick über die Voraussetzungen	252
aa) Überschreiten des Betrages von 50 000 Euro je Tat	252
bb) Materielle Tat als Bezugspunkt	252
c) Absehen von Strafverfolgung	253
aa) Allgemeines	253
bb) Eigenständige Selbstanzeige des Teilnehmers	254
cc) Rechtsnatur und Rechtscharakter	255
dd) Verfassungsmäßigkeit	256
V. Folgen der Selbstanzeige	256
1. Einleitung eines Steuerstrafverfahrens	256
a) Einleitung eines steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahrens nach erfolgter Selbstanzeige	256
b) Verfahrenseinstellung bzw. Freispruch	260
c) Nichtahndung der Steuerhinterziehung	260
d) Ahndungsrückgriff auf subsidiäre Steuerordnungswidrigkeiten	261
aa) Rückgriff auf § 379 AO	261
bb) Rückgriff auf § 380 AO	262
2. Folgen im Besteuerungsverfahren	262
a) Verlängerung der Festsetzungsfrist	262
aa) Gegenstand der Festsetzungsverjährung	262
bb) Dauer der Festsetzungsfrist	263
cc) Wahrung der Festsetzungsfrist	263
dd) Beginn der Festsetzungsfrist	263

	Seite
ee) Ablaufhemmung bei Ermittlung der Steuerfahndung	264
ff) Ablaufhemmung bei Erstattung einer Anzeige	265
b) Verzinsung von Steuernachforderungen – Vollverzinsung	266
aa) Sachlicher Anwendungsbereich	266
bb) Beginn des Zinslaufs	267
(1) Beginn des Zinslaufs bei Ertragsteuern	267
(2) Beginn des Zinslaufs bei Umsatzsteuer	268
(3) Beginn des Zinslaufs bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft	268
(4) Besonderheit in Erstattungsfällen	268
cc) Ende des Zinslaufs	268
dd) Höhe und Berechnung der Zinsen	270
ee) Bemessungsgrundlage für den Zinsanspruch	271
(1) Erstmalige Steuerfestsetzung	271
(2) Unterschiedsbetrag bei Nachforderungszinsen (Grundsatz der Sollverzinsung)	271
(3) Unterschiedsbetrag in Erstattungsfällen (Ist-Verzinsung) . .	272
(4) Berücksichtigung freiwilliger Zahlungen	272
ff) Festsetzung der Zinsen	274
gg) Verhältnis der Steuerzinsen nach § 233a AO zu anderen steuerlichen Nebenleistungen	274
(1) Verhältnis zum Verspätungszuschlag	274
(2) Verhältnis zu Hinterziehungszinsen	274
(3) Verhältnis zu Säumniszuschlägen	274
(4) Verhältnis zu Prozesszinsen	276
(5) Verhältnis zu Stundungszinsen	276
(6) Verhältnis zu Aussetzungszinsen	277
hh) Rechtsbehelf gegen den Zinsbescheid	277
c) Festsetzung von Hinterziehungszinsen	277
aa) Aufbau, Gegenstand und Zweck der Vorschrift	278
bb) Sachlicher Anwendungsbereich	278
cc) Verzinsung hinterzogener Steuern	278
dd) Schuldner der Hinterziehungszinsen	280
ee) Zinslauf bei den Hinterziehungszinsen	281
(1) Beginn des Zinslaufs	281
(2) Ende des Zinslaufs	281

	Seite
ff) Nichterhebung von Zinsen bei verwirkten Säumniszuschlägen, Stundung oder Aussetzung der Vollziehung	281
gg) Aufhebung, Änderung oder Berichtigung der Steuerfestsetzung nach Ende des Zinslaufs	282
hh) Höhe der Hinterziehungszinsen	282
ii) Festsetzung der Hinterziehungszinsen	282
jj) Verjährung der Hinterziehungszinsen	282
kk) Anrechnung von Zinsen nach § 233a AO	282
ll) Beispiel für eine Zinsberechnung für Einkommensteuer	283
d) Haftung des Vertretenen und des Steuerhinterziehers	284
aa) Haftung des Vertretenen	284
bb) Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	284
(1) Gegenstand der Haftung	284
(2) Steuerhinterziehung oder Steuerhehlerei	285
(3) Haftung von Täter und Teilnehmer	285
(4) Feststellung der Delikte	285
(5) Umfang der Haftung	286
3. Außerstrafrechtliche Folgen	286
a) Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes	286
aa) Disziplinarmaßnahmen	286
bb) Mitteilung der Selbstanzeige an Dienstvorgesetzte	287
b) Rechts- und steuerberatende Berufe – Mitteilung an die Kammern über Berufspflichtverletzungen	288
c) Ärzte	290
d) Bankvorstände	290
e) Gewerbeuntersagung	290
f) Sonstige gewerberechtliche Vorschriften	291
g) Passwesen	291
VI. Konkurrenzen	292
1. Verhältnis zum Rücktritt vom Versuch	292
2. Verhältnis zur Berichtigung nach § 153 AO	292
3. Verhältnis zur Schadenswiedergutmachung	293

	Seite
4. Verhältnis zum Subventionsbetrug	293
5. Verhältnis zu § 4 Abs. 2 EStG und Art. 65 ZK	293
 5. Kapitel: Berichtigung bei leichtfertiger Steuerverkürzung nach § 378 Abs. 3 AO	
A. Selbstanzeige im Falle leichtfertiger Steuerverkürzung	295
I. Entstehungsgeschichte der Selbstanzeige im Falle leichtfertiger Steuerverkürzung	296
II. Zweck der Selbstanzeige bei leichtfertiger Steuerverkürzung . . .	296
III. Rechtsnatur der Selbstanzeige	297
IV. Anwendungsbereich der Selbstanzeige	297
B. Anforderungen an die Berichtigungserklärung	298
I. Voraussetzungen der Berichtigungserklärung	298
II. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen der Selbstanzeige	298
1. Berichtigungserklärung	299
a) Anforderungen an eine „Berichtigung“	299
b) Form der Selbstanzeige	299
c) Inhalt der Selbstanzeige	299
d) Person des Anzeigerstatters	302
2. Fristgerechte Nachzahlung	302
III. Negative Wirksamkeitsvoraussetzung	302
IV. Bußgeldfreiheit im Falle der Berichtigung nach § 153 AO	303
V. Folgen der Selbstanzeige	303
1. Umfang der Sperrwirkung	303
2. Verfolgungsverjährung	304
3. Verlängerung der Festsetzungsfrist	304
4. Festsetzung von Hinterziehungszinsen	304
 6. Kapitel: Berichtigungserklärung nach § 153 AO	
A. Sinn und Zweck der Berichtigungserklärung	305
B. Rechtsentwicklung der Berichtigungserklärung	306
C. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 1 AO	306
I. Berichtigungspflichtige Personen	306
1. Steuerpflichtiger i.S.d. Berichtigungserklärung	307
a) Steuerpflichtige	307

	Seite
b) Nicht Steuerpflichtige	308
2. Berichtigungspflichtige Personen	309
a) Gesamtrechtsnachfolger	309
aa) Berichtigungspflicht der Gesamtrechtsnachfolger . .	309
bb) Anzeige- und Berichtigungspflicht im Erbfall	310
b) Gesetzliche Vertreter, Vermögensverwalter und Ver- fügungsberechtigte	313
c) Keine Berichtigungspflicht für rechtsgeschäftlich bestellte Vertreter und Hilfspersonen, insb. Steuerberater	314
II. Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Steuererklärung	317
III. Unrichtige oder unvollständige Steuererklärung	318
IV. Verkürzung von Steuern	320
1. Steuerverkürzung	320
2. Kausalität	320
V. Nachträgliche Erkenntnis des Steuerpflichtigen	321
VI. Erkenntnis vor Ablauf der Festsetzungsfrist	323
VII. Unverzügliche Anzeige und erforderliche Richtigstellung	324
VIII. Folgen der Berichtigungsanzeige sowie Folgen der Verletzung der Berichtigungspflicht	326
1. Steuerliche Folgen einer Berichtigung	326
a) Zahlung der Steuer	326
b) Kein Verspätungszuschlag	327
c) Zwangsmittelverbot	327
2. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen einer Berichtigung . . .	328
IX. Folgen der Verletzung der Anzeigepflicht nach § 30 ErbStG . . .	329
X. Folgen der Erbschaftsteuererklärung nach § 31 ErbStG	330
D. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 2 AO	330
I. Einordnung der Vorschrift	331
II. Begriff der Steuervergünstigung	331
III. Voraussetzung der Anzeigepflicht	332
IV. Folgen der Pflichtverletzung	333
E. Anzeigepflicht nach § 153 Abs. 3 AO	333

**7. Kapitel: Strafbefreiende Fremdanzeige
nach § 371 Abs. 4 AO**

	Seite
A. Allgemeines zur strafbefreienden Fremdanzeige	335
I. Systematik des § 371 AO	336
II. Regelungsgehalt der Fremdanzeige	336
III. Zweck der Fremdanzeige	337
IV. Rechtsnatur der Fremdanzeige	337
V. Abgrenzung der Fremdanzeige von der Selbstanzeige	338
B. Voraussetzungen der strafbefreienden Fremdanzeige	338
I. Berichtigungspflicht gem. § 153 AO	338
1. Anzeigepflichtiger Personenkreis	338
2. Sonstige Voraussetzungen der Anzeige nach § 153 AO	339
II. Anzeige i.S.v. § 371 Abs. 4 AO	341
1. Rechtzeitige Anzeige	341
2. Ordnungsgemäße Anzeige	341
3. Inhalt der Anzeige	341
III. Ausschluss der strafbefreienden Fremdanzeige	342
IV. Nachzahlungspflicht	342
C. Wirkung der Fremdanzeige	342
I. Restriktive Auslegung der Fremdanzeige	343
1. Auslegung nach dem Beschluss des OLG Stuttgart vom 31.1.1996	343
2. Auslegung nach Schauf	345
II. Erweiternde Auslegung der Fremdanzeige	346
1. Auslegung nach Samson	346
2. Auslegung nach Joecks	347
III. Gestaltungsmöglichkeiten durch die Fremdanzeige	347
D. Analoge Anwendung der Fremdanzeige	348
E. Fortfall der Anzeige- und Berichtigungspflicht	348
 Stichwortverzeichnis	 349